



Interviews

Datum: 11. Februar 2024

Stephan Detjen im Gespräch mit Constanze Stelzenmüller, Brookings Foundation, Washington, D.C.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Detjen: Das Interview der Woche, am Mikrofon ist Stephan Detjen. „Vergessen Sie diese Woche nicht, denn auch für Historiker wird sie ganz bestimmt in Erinnerung bleiben.“ Das schrieb Thomas L. Friedman, einer der bekannten Journalisten in den USA am Donnerstag, am Ende eines Leitartikels in der New York Times. Im US-Senat war da gerade der Kompromiss zur Militär- und Finanzhilfe für die Ukraine gescheitert. Vor dem obersten Gerichtshof der USA zeichnet sich ein Erfolg Donald Trumps im Streit mit Bundesstaaten ab, die ihn als Verschwörer gegen die Demokratie von den Wahlzetteln streichen wollen. Und Joe Biden sieht sich so offen wie nie zuvor mit dem Vorwurf konfrontiert, wegen Gedächtnislücken nicht mehr fit für das Amt des Präsidenten zu sein. Am Ende dieser denkwürdigen Woche schließlich war Bundeskanzler Olaf Scholz in Washington und er hatte wenig Anlass, beruhigt nach Europa zurückzufliegen. All das ist Thema in diesem Interview der Woche. Und ich bin dazu verbunden mit der Außenpolitik- und Sicherheitspolitik-Expertin Constanze Stelzenmüller von der Brookings Institution, einem der angesehenen Thinktanks in Washington. Hallo, Frau Stelzenmüller. Frau Stelzenmüller, es trifft sich, dass wir dieses Gespräch am Freitag aufzeichnen, während ich noch mit dem Bundeskanzler in Washington bin. Das hört man vielleicht an den Polizeisirenen im Hintergrund, während Sie im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz in der kommenden Woche schon in Europa sind. Aber vielleicht gerade aus der geografischen Distanz, mit der Sie jetzt auf die Ereignisse in Ihrer Heimat in Washington hier blicken, welche Rolle wird diese denkwürdige Woche einmal in den Geschichtsbüchern spielen?

Stelzenmüller: Also, ich glaube, Friedman hat völlig recht, dass das eine historische Woche war. Aus mehreren Gründen. Ich hatte ein paar Tage zuvor im Kongress die Runde gemacht bei Mitarbeitern von Republikanern und Demokraten und war mit dem Eindruck vom Hügel, wie man dort sagt, weggekommen, dass die Republikaner sich ihrer Sache ziemlich sicher waren, dass diese Ukraine-Hilfe eine überparteiliche Zustimmung finden würde und sozusagen man frohgemut nach München reisen könne. Und das ist nicht der Fall. Also, was bemerkenswert ist hier erst mal, ist, dass

dieser Deal, in dem die Demokraten wirklich erhebliche Konzessionen gemacht haben beim Thema Grenzsicherung, die schärfsten Grenzsicherungsvereinbarungen, die es bisher gegeben hat, die wirklich bewiesen haben, dass Biden und seine Regierung zu jedem Kompromiss bereit waren oder fast jedem. Und das wurde ja von einem sehr konservativen Republikaner, Senator Lankford, mitverhandelt und ist dann von der MAGA-Rechten, also der Ultrarechten im Senat rundheraus abgelehnt worden, obwohl sie das mitverlangt hatten. Das Zweite, was daran bemerkenswert war, dass so viele republikanische Senatoren plötzlich gesagt haben, ja, das können wir alles nicht akzeptieren. Und das Dritte, was daran bemerkenswert war, war, dass der Minderheitsanführer im Senat, also der Sprecher der Republikaner im Senat, Senator Mitch McConnell plötzlich auch umgekippt ist und gesagt hat, die Stimmung im Land ist eine andere – „the mood in the country has changed“. Und das legt nahe, dass die Republikaner inzwischen doch völlig im Bann des noch nicht mal Präsidentschaftskandidaten ihrer Seite sind, von Donald Trump, und dass alles, was Biden schadet und Donald Trump nützt, als in ihrem Sinne betrachtet wird. Das war erschütternd.

Detjen: Also, man muss realistischerweise sagen, in dieser Woche hat sich gezeigt, Donald Trump hat hier in diesem Land bereits die Zügel in der Hand. Faktisch regiert er.

Stelzenmüller: Ich würde nicht sagen im Land, aber ich glaube, dass es in dieser Wahl ganz viele Ungewissheiten gibt, inklusive der Frage, wer Kandidat auf beiden Seiten wird. Und selbst wenn er Kandidat wird, ob er gewählt wird, und ob er die Regierung übernimmt. Schon wegen des Alters, der Gesundheit und im Fall von Trump wegen seiner juristischen Probleme. Aber ich glaube auch, dass diese Wahlperiode einen solchen Mobilisierungseffekt haben wird. Nicht nur bei den Demokraten und bei der Linken, sondern auch bei moderaten Republikanern. Also, ich glaube, dass ganz viel möglich ist. Aber eines ist, glaube ich, inzwischen ganz klar und das ist, dass die republikanische Partei fest im Griff der MAGA-Rechten und von Donald Trump selber ist, obwohl er nicht Kandidat ist. Und das ist eigentlich das Ende der Macht von Mitch McConnell. Deshalb ist es historisch.

Detjen: Olaf Scholz hat sich ja am Anfang seines Besuches in Washington mit Senatoren von beiden Seiten, Demokraten und Republikanern getroffen. Mit wem aber muss der Bundeskanzler, muss die Regierung jetzt eigentlich sprechen, um sich ein Bild von dem zu machen, was auf sie zukommt, wenn Donald Trump tatsächlich noch mal Präsident würde?

Stelzenmüller: Also, von den Leuten, mit denen sie sprechen muss, werden sicherlich einige in München sein. Es kommen ja immer große Delegationen von Senat und Kongress nach München.

Detjen: In München, bei der Sicherheitskonferenz.

Stelzenmüller: Völlig richtig – in der kommenden Woche. Und gleichzeitig gibt es ja in Washington immer noch die Deutsche Botschaft, die sicherlich schon seit Monaten und Wochen damit beschäftigt ist, ins Land auszuschwärmen, aber auch in Washington selber mit den entscheidenden Leuten zu reden. Ob die harte Rechte, die hier gerade sozusagen bei den Republikanern das Heft übernimmt, wirklich gesprächsbereit ist, geschweige denn bereit ist, auf europäische oder deutsche Positionen einzugehen, ist eine ganz andere Frage. Da habe ich erhebliche Zweifel, weil ich diese Leute schon länger aus der Nähe beobachte. Und ich glaube, dass die in politischen Glaubenswelten leben, die für uns nur schwer zugänglich sind.

Detjen: Erklären Sie das noch mal genauer. Das ist ja interessant. Die Bundesregierung versucht ja seit Längerem, seit letztem Jahr schon ganz gezielt, da die Gesprächsdrähte zu knüpfen. Die Bundesaußenministerin, Annalena Baerbock, ist nach Texas gereist, hat sich da mit Republikanern getroffen. Der Transatlantikkoordinator der Bundesregierung ist da viel unterwegs. Und man hört da immer wieder, dass gerade die Welt der Thinktanks, in der Sie sich ja auch bewegen, da eine Rolle spielt. Die Heritage Foundation auf der Seite der Republikaner, wo die Pläne, so hört man immer wieder, geschmiedet werden, damit eine zweite Trump-Präsidentschaft, gerade auch am Anfang besser, geordneter, strategisch besser geplant verläuft als das in der letzten Amtszeit der Fall war. Was begegnen Ihnen da für Leute und was wissen Sie darüber, was da geplant wird?

Stelzenmüller: Also, was ich beobachte, ich bin jetzt im zehnten Jahr in Washington, was ich beobachte auf der Konservativen-Seite, ist eine eigentlich völlige Veränderung der Landschaft. Früher hat man die Konservativen in Stämme unterteilt. Internationalisten, soziale Konservative, Freihändler, Nationalkonservative. Und diese Unterscheidungen gibt es noch, aber sie sind eigentlich nicht mehr politisch relevant. Die harte Rechte, die eigentlich in Amerika in der Verfassungsgeschichte und in der politischen Geschichte des Landes eine uralte Tradition hat, aber eigentlich immer eine Randerscheinung war, hat sich sozusagen in die Mitte der Republikaner vorgearbeitet und hat die anderen in die Defensive, um nicht zu sagen in die Irrelevanz getrieben. Und das sieht man nicht nur in dieser Abstimmung Anfang dieser Woche, sondern auch bei der Aufteilung der konservativen Thinktanks in Washington. Das waren früher ja nicht nur die Heritage Foundation, sondern auch das berühmte American Enterprise Institute, einst das stolze Flaggschiff des Reaganismus – nach

Ronald Reagan, dem Präsidenten in den 80er Jahren, oder des Hudson Institutes. Und inzwischen hat sich die Landschaft geteilt in Anti-Trumper und Pro-Trumper. Und einige der lautesten und entschlossenen Feinde und Kritiker von Trump und des Trumpismus und der MAGA-Rechten sind in anderen konservativen Thinktanks und besonders eben beim American Enterprise Institute. Das ist schon bemerkenswert. Und viele von denen sind frühere Neokonservative, die ja in Europa und in Deutschland besonders gerne gehasst wurden. Die haben sich sehr weit aus dem Fenster herausgehängt mit ihrer Kritik. Ich finde das persönlich sehr ehrenwert. Die Heritage Foundation auf der anderen Seite sieht sich offensichtlich als Flaggschiff des Trumpismus und nicht nur als Flaggschiff, also das sozusagen die ideologische Vorbereitung trifft für eine zweite Amtszeit, sondern auch die Truppen rekrutiert. Heritage hat auf seiner Webseite stehen, also so eine Unter-Webseite, die nennt sich „Projekt 2025“. Darauf steht ein 920 Seiten langes, kaum lesbares Elaborat mit Kapiteln über verschiedene Ministerien, Politikbereiche. Und da steht, wie man sich das vorstellt das zu gestalten. Und gleichzeitig sagen sie, sie wollten bis zu 40.000 Beamte rekrutieren, um sozusagen einen großen Austausch zu machen in den Behörden. Dazu vielleicht eine kurze Erklärungsfußnote. Es gilt gemeinhin, weil es in Amerika mehr politische Beamte gibt als bei uns, dass zu Beginn einer neuen Präsidentschaft etwa 4.000 ausgetauscht werden. Das heißt, wenn Heritage sagt, wir wollen nicht nur 4.000 liefern, sondern 40.000 liefern, dann heißt das, dass sie Berufsbeamte, nicht nur politische Beamte, rauswerfen wollen. Das haben sie auch gesagt. Das ist dann tatsächlich im Bereich der Ministerien so was wie ein großer Bevölkerungsaustausch. Aber ob sie das können, weiß ich noch nicht. Also, 40.000 sind eine ganze Menge. Das heißt zumindest, dass sie möglicherweise auch Leute rekrutieren, die sich eher durch Loyalität auszeichnen als durch Sachkenntnis.

Detjen: Aber gerade die Personalpolitik war ja in der ersten Amtszeit von Donald Trump so zentral für das Chaos, was wir da gesehen haben auch in seinem engsten Umfeld.

Stelzenmüller: Ja, aber nicht nur da.

Detjen: Das ist meine Frage. Was wir jetzt auch daraus lernen, da bereitet sich einerseits ein Team darauf vor, geschlossen, gut aufgestellt die Macht im Land wieder zu übernehmen. Und dann, wenn wir noch mal auf die Entscheidung über die Ukraine-Hilfe, das Scheitern der Ukraine-Hilfe im Senat schauen als einen möglichen Vorgeschmack auf so eine zweite Trump-Präsidentschaft, was heißt das dann für Europa? Ist da in dieser Woche faktisch das Ende des amerikanischen Engagements in der Ukraine und darüber hinaus auch in Europa eingeleitet worden?

Stelzenmüller: Erstens: In der ersten Trump-Amtszeit, wenn es denn eine zweite gibt, was meiner Ansicht nach immer noch offen ist, war es so, dass im Grunde genommen Trump und seine Mannschaft ja überhaupt nicht vorbereitet waren, weil sie nicht damit gerechnet haben, die Wahl zu gewinnen und deshalb nicht das Personal vorher aufgestellt hatten, um die Posten zu besetzen. Das Resultat war, dass sie kompetente, traditionelle Konservative eingestellt haben, die gelegentlich sehr energisch und sehr erfolgreich das Schlimmste verhindert haben – über längere Zeit hinweg. Im Laufe der Zeit wurden die natürlich auch weichgekocht. Also, wenige Leute sind so lange geblieben wie meine Kollegin Fiona Hill, die zweieinhalb Jahre da war. Und sie hatte, glaube ich, fünf Nachfolger bis zum Ende der Amtszeit. Manche blieben nur zwei Wochen. Und die Mannschaft der Trumpisten hat daraus gelernt, dass sie nie wieder Leute haben wollen, die nicht 150-prozentige Loyalisten sind. Das heißt, von den traditionellen, erfahrenen, kompetenten Republikanern werden sie nie wieder rekrutieren. So, was heißt das in der Sache für die Außen- und Sicherheitspolitik und im Besonderen für die Ukraine-Hilfe? Ich glaube, wir haben zu Beginn der Woche erlebt eine absolute Fundamentalopposition, die natürlich zunächst mal motiviert war durch das Bedürfnis, Trump zu helfen und Biden zu schaden. Aber wie wir aus vielen Einlassungen von Trump wissen und von seinem Milieu, ist Trump selber ein großer Bewunderer von Wladimir Putin, den er für einen großen, ganz tollen Hecht hält. Und er hat ja häufig auch die Ukrainer kritisiert und das unter Verwendung sozusagen von sehr kremlnahen Schachfiguren. Das heißt, ich glaube, da kommen sozusagen der politische Zweck und die Inhalte ... laufen da parallel. Das heißt, man kann schon Schlimmes befürchten. Aber noch mal: Ich möchte wirklich noch mal sehr betonen, dass ich nicht glaube, dass das Ergebnis dieser Präsidentschaftswahl vorweggenommen ist, und dass wir deshalb als Europäer nicht bereits uns so verhalten sollten, als sei das bereits erledigt. Im Gegenteil, ich glaube, hier ist sehr viel politischer Spielraum. Und das nicht zu erkennen, heißt, sich Chancen zu vergeben.

Detjen: Wenn wir dieses Scheitern dieses großen Hilfspakets, jedenfalls aus europäischer Sicht, im Kern mit der Finanz- und Militärhilfe für die Ukraine sehen, was bedeutet das jetzt für Europa? Für ein Europa – das ist ja die Botschaft, die Olaf Scholz hier in Washington auch überbracht hat, der sagt, wir haben unsere Hausaufgaben eigentlich gemacht. Beim Sondergipfel der EU Ende letzter Woche, das gut 50-Milliarden-Hilfspaket Europas für die Ukraine auf den Weg gebracht, den Streit mit Viktor Orban erst mal gelöst. Aber die Frage ist natürlich: Reicht das auch nur annähernd?

Stelzenmüller: Also, ich glaube, die klare Antwort darauf ist: nein. Aber dabei will ich es jetzt natürlich nicht belassen. Ich glaube, wir müssen damit rechnen, dass selbst, wenn dieser Versuch des sogenannten Plan B der Demokraten im Senat jetzt noch

mal ein alleinstehendes, ein sogenanntes Stand-Alone-Gesetz zur Ukraine- und Israel-Hilfe durchzubringen diese Woche, selbst wenn das gelingen sollte, was ich persönlich für ein Wunder hielte, müssen wir mit Fundamentaloppositionen und fundamentaler Feindseligkeit der harten Rechten bei den Republikanern rechnen für die nächsten Jahre. Und das bedeutet für die Europäer, dass in der Tat das, was sie jetzt geleistet haben, was gewaltig ist und was ich auch wirklich anerkenne, auch die deutschen Leistungen, dass das tatsächlich nicht reicht. Wir haben es, glaube ich, zu tun jetzt in den nächsten Jahren mit einer Zukunft dauernder Disruptionen von außen und einer harten Rechten, die sich überall dadurch ermutigt fühlt und denkt, sie kann jetzt sozusagen die Verwundbarkeiten der repräsentativen Demokratien im Westen ausnutzen. Und deshalb ist es, glaube ich, jetzt besonders wichtig zu sagen, dass wir die Verlagerung des Gewichts der Verteidigungs- und Sicherheitsfürsorge in Europa, was man in Amerika Burden-Shifting nennt, dass wir das nicht nur ernstnehmen und auch machen, sondern beschleunigen. Und die beiden Termine, zu denen ich mir Signale wünschen würde, sind erstens die Münchener Sicherheitskonferenz und zweitens der NATO-Gipfel in Washington im Juli. Und ich habe auch eine Idee hier. Sie erinnern sich vielleicht, vor genau zehn Jahren standen in München ein Bundespräsident, ein Außenminister und ein Verteidigungsminister und haben gesagt: Wir als Deutschland, wir Deutschen haben so viel wirtschaftliche Macht, wir verstehen nicht, dass das auch politische Macht ist und wir müssen mehr machen. Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen.

Detjen: Das waren damals der Bundespräsident Gauck und Außenminister Steinmeier bei der Sicherheitskonferenz.

Stelzenmüller: So ist es, genauso ist es. Und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Und was ich mir wünschen würde, ist ein ähnlicher Moment, der aber ein europäischer Moment ist. Ich würde mir wünschen, dass die europäischen Außenminister, Staatschefs, Verteidigungsminister sich in München hinstellen und auch in Washington im Juli und sagen: Wir haben verstanden, dass wir mehr machen müssen. Wir sind eine Region von 350 Millionen, einer gewaltigen Wirtschaftsmacht und wir müssen mehr für die eigene Wirtschaft tun und damit können wir auch mehr tun für die Sicherheit der Welt.

Detjen: Das Deutschlandfunk Interview der Woche mit der Außen- und Sicherheitspolitik-Expertin Constanze Stelzenmüller von der Brookings Institution in Washington. Frau Stelzenmüller, dass wir hier so viel jetzt über die Möglichkeit einer weiteren Trump-Präsidentschaft sprechen, hat natürlich auch damit zu tun, dass in dieser denkwürdigen Woche das passiert ist, was für das Wahlkampf-Team von Biden eigentlich ein Albtraumszenario gewesen ist. Es hat eine Untersuchung eines noch von

Trump eingesetzten Sonderermittlers gegeben. Robert Hur, der Vorwürfe gegen Biden untersuchen sollte, weil in seinem Privathaus, im Keller, in der Garage Akten aus seiner Zeit als Vizepräsident im Weißen Haus gefunden worden sind. Von diesen Vorwürfen ist er entlastet worden, aber – und das ist für seinen Wahlkampf wahrscheinlich noch viel schlimmer – in diesem Bericht werden noch mal schwere Vorwürfe gegen ihn mit Blick auf Gedächtnislücken, auf mentale Ausfälle erhoben, die er in fünfständigen Interviews mit den Sonderermittlern gezeigt habe. Da kommen dann die Bilder hinzu, die wir auch jetzt wieder gesehen haben, in denen Biden Namen verwechselt, nach Worten sucht, sich greisenhaft bewegt. Also, die knappe Frage, die hier auch immer wieder gestellt wird, ist: Haben die Demokraten mit Joe Biden den Falschen ins Rennen gegen Trump geschickt?

Stelzenmüller: Also, wenn Sie mich persönlich fragen: ja. Und ich sage das mit großem Bedauern, weil ich glaube, dass Biden der europa- und deutschlandfreundlichste Präsident in meiner eigenen Arbeitszeit gewesen ist. Ich glaube, dass er vieles wirklich gut gemacht hat. Er hat eine von der Pandemie noch brach liegende amerikanische Wirtschaft und einen brach liegenden Arbeitsmarkt wieder in die Gänge gebracht durch große Investitionsgesetze. Er hat das größte Investitionsprogramm in Klimaprogramme aller Zeiten auf den Weg gebracht. Und er hat, was sein Vorgänger mit Sicherheit nicht gemacht hätte, die Europäer und die europäische Union beteiligt an der Entscheidungsfindung über die Reaktionen auf die russische Invasion der Ukraine, wie keiner seiner Vorgänger es getan hätte. Und dass es ein offenes Geheimnis in Washington ist, dass die Demokraten damit unglücklich sind – wenn ich mal kurz hier die Blende öffnen darf. Mich erinnert momentan diese politische Landschaft in Washington an die Landschaft meiner Anfängerjahre im Journalismus, was – das muss ich leider zugeben – vor 30 Jahren, Anfang der 90er Jahre ...

Detjen: Sie waren damals Journalistin bei der Zeit, bei der Wochenzeitung.

Stelzenmüller: Ja. Und davor Volontärin beim Berliner Tagesspiegel. Und ich weiß noch, dass ich wirklich ratlos war angesichts der doch sehr erkennbaren Überalterung in allen Bereichen. Das galt für die Politik. Das gilt für die Wirtschaftsunternehmen. Das galt für die Universitäten. Und man hatte den Eindruck, dass überall Leute am Ruder waren, die deutlich 70 oder drüber waren, und dass die 50-Jährigen das Gefühl hatten, sie würden nie in ihrem Leben eine Position der Verantwortung erhalten. Man merkte da schon eine gewisse Verzweiflung in den Parteien und auch in den Zeitungen. Und das sehe ich in Washington gerade auch. Und was ich damit sagen will, ist, dass ich glaube, dass wir momentan alle wie das Kaninchen auf die Schlange schauen, auf diese beiden Wahlkämpfer und dabei übersehen, dass die-

ses Land großflächig – und gerade in der Politik – auf beiden Seiten vor einem gewaltigen Generationenwechsel steht, den wir in seiner Dimension und seinen Auswirkungen noch gar nicht begreifen. Und ich würde uns allen raten uns sozusagen neben den naheliegenden Fragen auch mit diesen größeren Entwicklungen, den tektonischen Verschiebungen der amerikanischen Demographie und der Politik zu beschäftigen.

Detjen: Das ist ja was, was den Wahlkampf und die politische Stimmung in der Tat auch spürbar prägt.

Stelzenmüller: Ja.

Detjen: Es sind junge Wählerinnen und Wähler.

Stelzenmüller: Absolut.

Detjen: Und zwar erstaunlicherweise gerade Latinos und Schwarze, die man immer als sichere Basis für die Demokraten und auch für Biden namentlich gesehen hat, die sich zurzeit von Biden abwenden und zu einem Teil Donald Trump zuwenden. Das prägt jetzt auch den Wahlkampf. Wenn man hört, wie in den USA, übrigens auch in Berlin, aber gerade auch hier in Washington von Joe Biden, die Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza akzentuiert und immer deutlicher artikuliert wird, muss man das auch als ein Signal an diese Wählergruppen, an junge schwarze Wähler, an arabischstämmige Wähler, die unter Umständen gerade in bestimmten Staaten entscheidend sein können, verstehen?

Stelzenmüller: Absolut – absolut. Eine der größten arabischstämmigen Communitys in Amerika ist in Michigan. Und das ist einer der Swing States, soweit ich mich erinnere. Und man merkt da ... wobei, also „Kritik“ bei Biden ist immer noch, ich sage mal, sehr vornehm formuliert. Ich glaube, die Formulierung war heute, die israelische Kriegsführung sei „over the top“, sozusagen schieße übers Ziel hinaus. Das ist noch sehr höflich im Vergleich zu dem ...

Detjen: Aber gerade in der Anfangsphase im letzten Herbst war jedenfalls die Skepsis, waren die Vorbehalte gegenüber dieser Kriegsführung von Biden ja noch deutlicher artikuliert als man sie in Deutschland gehört hat. Da kommt das jetzt erst allmählich, dass da eine Distanz erkennbar wird.

Stelzenmüller: Ja, klar. Also, man merkt in Washington in internen Gesprächen natürlich, wie groß die Ratlosigkeit ist und wie unglücklich die sind. Also, man muss über Biden noch etwas sagen, was wir, glaube ich, vermissen werden, wenn er mal nicht mehr Präsident ist oder nicht mehr bei uns ist. Und das ist, dass Israel und Deutschland, glaube ich, in unserer beider gelebter Erfahrung keinen größeren

Freund gehabt haben im Weißen Haus als Joe Biden. Der Mann hat eine absolut unbeirrbar Zuwendung zu Israel und zu Deutschland, wovon die Regierung Scholz sehr profitiert hat. Und Tatsache ist, dass viele Amerikaner, auch meine jüdischen Kollegen und Freunde, auch diejenigen, die Verwandte und Freunde in Israel haben, natürlich schwersttraumatisiert waren von diesen entsetzlichen Angriffen der Hamas am 07. Oktober und gleichzeitig natürlich vorher wochen- und monatelang sich erregt haben über die Korruption und das politische Chaos der Regierung Netanjahu und diese Koalitionen mit rechtsextremen israelischen Kleinstparteien. Und diese Freunde und Kollegen und Bekannten sind natürlich jetzt genauso erschüttert über das entsetzliche Chaos, das jetzt entsteht, die immer deutlicher werdende Einmischung Irans und das ungeheure, unkontrollierbare Gewalt- und Kriegsrisiko, das jetzt in der Region entsteht. Das macht alle Leute nervös und auch ... also Leute, die sich nicht wirklich im Nahen, Mittleren Osten auskennen, wie mich – mich macht das auch nervös.

Detjen: Und damit haben wir den Fokus dann noch mal geweitet, auch auf die Themen, die uns in der kommenden Woche dann bei der Münchener Sicherheitskonferenz beschäftigen werden. Frau Stelzenmüller, für heute vielen Dank am Ende dieser mindestens denkwürdigen, vielleicht historischen Woche hier in Washington.